

Fragenkatalog-Beantwortung von der Fraktion "Die Andere", Potsdam

Vorbemerkung: Wir wollen fair bleiben. Deshalb möchte ich darauf hinweisen, dass ich, Axel Kruschat - Landesgeschäftsführer des BUND Brandenburg, selber bei der Wählervereinigung für die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung kandidiere und natürlich an der Erarbeitung der folgenden Fragen mit gearbeitet habe. Deshalb hat unsere Wählervereinigung einen gewissen Vorteil bei der Beantwortung der Fragen.

I. Energiepolitik/Klimapolitik

- Wie sehen Sie die Entwicklung konventioneller und regenerativer Energieerzeugung für die Energieversorgung in der nächsten Wahlperiode?

Wenn die Klimaschutzziele der Bundesregierung erfüllt werden sollen, muss in allen Bereichen und Ebenen ein Beitrag geleistet werden, auch in den Kommunen. Deshalb muss der Anteil der erneuerbaren Energien wachsen. Die Landesregierung hat in ihrer Potenzialanalyse selber aufgezeigt, dass dies auch möglich ist. Bis 2020 kann der Brandenburger Strombedarf rechnerisch zu 100 % aus erneuerbaren Energieressourcen gedeckt werden. 100 % Erneuerbare sind also nötig und möglich. Damit wir dies erreichen brauchen wir in Potsdam aber erstmal wieder Zugriff auf die Energieversorgung. In der Stadtwerke-Holding ist dieser aber der Stadtverordnetenversammlung weitgehend entzogen und nur noch formal gegeben. Momentan ist die SWP und insbesondere die EWP-Tochter ein ganz normales Wirtschaftsunternehmen, dass sich nur nach antizipierten Marktbedingungen entwickelt. In Hinblick auf das Gemeinwohl lässt sich der Markt kaum steuern. An dieser Stelle soll noch mal auf unser Konzept des partizipativen Eigenbetriebs hingewiesen werden. Mit diesem Konzept können wir die Energieversorgung in Potsdam überhaupt erst der Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger zugänglich machen. So lange dieser Zugriff aber nicht möglich ist wird es kaum ein Veränderung in der Energieversorgung hin zu mehr Transparenz und Klimaschutz in Potsdam geben.

- Welchen regenerativen Energiequellen räumen Sie im Land Brandenburg besondere Entwicklungsmöglichkeiten ein? Würden Sie Dächer kommunaler Gebäude für Solaranlagen zur Verfügung stellen?

Die wichtigste Energiequelle ist die Energieeinsparung, vor allem in der Gebäudeheizung und bei den Klimaanlagen ist noch eine Menge rauszuholen. Schätzungen zufolge können bis zu 12 % eingespart werden. Die Solarenergie ist in Potsdam noch längst nicht ausgeschöpft und selbstverständlich müssen die Dächer öffentlicher Gebäude für

Solarthermie und Photovoltaik zur Verfügung stehen. Bezeichnend für Potsdam ist, dass bei der Diskussion um das zentrale öffentliche Gebäude der Stadt - der Stadtschlosslandtag - dies überhaupt keine Rolle spielt. Die SPD hat zwar in ihren Forderung zum Klimaschutz festgehalten, dass alle öffentlichen Gebäude in Zukunft so genannte Niedrig- bzw. Nullenergiehäuser sein sollen. Bei öffentlichen Gebäuden fällt ihnen aber der Landtag nicht ein. Im Gegenteil: Während alle Welt über Klimaschutz und Gebäudeeffizienz redet, diskutiert man in Potsdam, ob dieser überflüssige Neubau eine Fassade aus dem letzten oder aus dem vor-vor-letzten Jahrhundert haben soll.

- Energiesparmaßnahmen werden allerorts diskutiert. Wo sehen Sie Schwerpunkte für effektive Einsparungen? Welche Maßnahmen zur Beeinflussung der Energie- und Wärmeversorgung sind für Stadtverwaltungen und weitere öffentliche Gebäude vorgesehen?

Im Prinzip müssen wir in allen Bereichen die Einsparpotenziale erschließen. Primär ist allerdings der Stromverbrauch zu senken, sowohl im öffentlichen als auch privaten Bereich. Strom wird hauptsächlich in klimaschädlichen Kohlekraftwerken oder unsicheren Atomkraftwerken produziert. Die erneuerbaren Energieträger werden zwar einen immer größeren Teil der Stromversorgung übernehmen, dennoch ist die wichtigste „Energie-ressource“ der Zukunft die Stromeinsparung. Kommunal gibt es dafür verschiedene Handlungsmöglichkeiten:

Im öffentlichen Bereich: - Ausrichtung des Beschaffungswesens der Verwaltung auf energieeffiziente Produkte (so genannte top runner); - Investition in Energiesparmaßnahmen z.B. in der Stadtbeleuchtung beispielsweise durch den Einsatz von energiesparenden Lampen/ Leuchtdioden (Einsparungen bis 80% sind dadurch möglich, außerdem kann man bei der Gelegenheit gegen „Lichtverschmutzung“ vorgehen und „Insektenfreundliche“ Leuchtmittel einsetzen). - Abschaffung von „stand by“ Schaltungen in der Verwaltung, Ausschalten von Netzteilen - Nutzung eines Energie Einspar Contractings bei Neubauden (gilt auch für den Wärmebereich). - Außerdem sollten in die Anforderungen an Neubauten in die Bebauungspläne das Bauen in niedrig bis Null Energiestandard aufgenommen werden.

Im privaten Bereich: - Gelten die oben genannten Maßnahmen analog. Darüber hinaus könnte ein Sozialtarif eingeführt werden, der eine bestimmte Grundversorgungsstrommenge zu einem sehr günstigen Preis garantiert, wird mehr verbraucht wird auch der Preis je Einheit deutlich höher. - Es sollte darüber hinaus eine professionelle Energieberatung für Bauherren und Private Haushalte geben.

- Was beabsichtigen Sie, um die CO₂-Ausstöße zu senken?

In der Stadt Potsdam entsteht die CO₂-Emission aus zwei Hauptquellen: a) der Energie- und Wärmeerzeugung und b) dem Verkehr, besonders dem Autoverkehr.

Für Punkt a) greifen die oben genannten Einsparmaßnahmen im Strom- und Wärmeversorgungsbereich.

- Haben Sie ein Klimaschutzprogramm? Welche Schwerpunkte beinhaltet Ihr Klimaschutzprogramm?

Die Stadt Potsdam möchte ein Klimaschutzprogramm erstellen. Mit dem Klimabericht und den entsprechenden Gremien gibt es dazu auch gute Ansätze. Es kommt darauf an, die beschlossenen Maßnahmen umzusetzen. Real bedeutet dies, dass daraus Beschlüsse der Stadtverordneten werden müssen, die auch in der Verwaltung über eine reale Mehrheit verfügen. Ist dies nicht der Fall passiert gar nichts. So ist zum Beispiel vom Energietisch vor einigen Jahren eine ganze Reihe von Maßnahmen entwickelt worden, um in Potsdam Energie einzusparen. Es wurde aber nur eine einzige Maßnahme tatsächlich umgesetzt (Abrechnung der Betriebskosten für Mietwohnungen nach dem 30% der Fläche und 70% nach dem Verbrauch) und dies auch nur nach beharrlichem Kampf unsere Fraktion.

- Haben Sie Bildungsmaßnahmen zum Klimaschutz geplant?

Es sollten nicht nur im Rahmen der kommunalen Einrichtung (Potsdamer Naturkundemuseum und der Biosphäre oder den Stadtwerken) Bildung zum Klimaschutz gemacht werden. So könnte wir ja mal auch ein teures Stadtfest verzichten und stattdessen mal ein ansprechendes Bildungsprogramm für Potsdamer Schulen zum Klimaschutz finanzieren. Auch diese oder jenes Feuerwerk könnte eingespart werden. Außerdem muss die Energieberatung ausgebaut werden. Viele Maßnahmen sind in diesem Bereich denkbar.

- Würden Sie einen mittelfristigen Braunkohleausstieg befürworten? Befürworten Sie neue Tagebaue?

Selbstverständlich sind wir für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohle. Würden die wirklichen Kosten für die Förderung der Braunkohle in die Bildung des Strompreises einfließen, würde wahrscheinlich sogar Vattenfall als der Konzern, der in Brandenburg die Braunkohle fördert und verstromt, den Spaß daran verlieren. Die Landes-

regierung würde aber wahrscheinlich immer noch daran festhalten. Wissen wir doch, dass sie nutzlose und teure Dinge mag (Lausitzring, Tropical Island, Landtagsschloss).

II. Naturschutz

- Welche Aussagen zum Natur- und Umweltschutz sind in Ihrem Wahlprogramm enthalten? Welche konkreten Projekte vertreten Sie?

Der Flächennutzungsplan für Potsdam enthält eine Reihe von naturschutzfachlichen Konfliktpunkten; es würde an dieser Stelle zu weit führen diese alle aufzuzählen, deshalb nur eine kurze Auswahl:

- Die Erweiterung der Gewerbebauflächen im südlichen Bereich des Kirchsteigfeldes. Im Interesse des Schutzes der Parforceheide als stadtnahes Waldgebiet sollte hier die Darstellung Waldfläche erhalten bleiben.
- Die Gewerbeflächen am Friedrichspark gefährden vorhandene Freiräume mit Gehölzbeständen. Wir fordern daher, die Ausdehnung der Gewerbeflächen nach Norden zu reduzieren. Die Gewerbeansiedlung sollte im Bereich der Autobahnanschlussstelle Marquardt konzentriert werden.
- Kritisch stehen wir der dargestellten Mischbebauung in Satzkorn südöstlich der Gutsanlage gegenüber.
- Die Erweiterung der Sonderbaufläche am Sacrow-Paretzer-Kanal (ehemaliger VEP 13) lehnen wir ab. Die Lennesche Feldflur sollte nicht durch zusätzliche Baumaßnahmen beeinträchtigt werden.
- Im Bereich des Bornstedter Feldes sollte die Bebauungsdichte am östlichen Rand des Parkes reduziert werden (B-Plan 80), um eine bessere Durchgrünung des Wohngebietes zu erreichen. Die bauliche Inanspruchnahme wertvoller Vegetationsflächen südlich des Waldparkes (nördlicher Rand des B-Planes 42.2) lehnen wir ab. Die Erholungsfunktion des ehemaligen Bugageländes würde beeinträchtigt. Wir weisen auf die bekannten Vorkommen des Großen Heldbocks hin.
- Kritisch betrachten wir die Ausdehnung der Gewerbe- und Wohnbauflächen im Rahmen des 2. Bauabschnittes des B-Planes „Am Herzberg“ in Golm. Hier sollte eine weitere Ausdehnung der Bebauung in Richtung Norden im Interesse des Erhaltes der benachbarten Waldbestände ausgeschlossen werden.
- Eine weitere Gewerbeflächenausweisung am früheren Forum-Gelände in Drewitz lehnen wir ab. Diese Flächen liegen im LSG „Nuthetal – Beelitzer Sander“. Eine Darstellung im Flächennutzungsplan ist nur möglich, wenn eine Ausgliederung aus dem Landschaftsschutzgebiet in Aussicht gestellt wird. Die Nutheniederung hat eine wichtige

Funktion im Naturhaushalt, so dass hier eher eine Reduzierung der baulichen Nutzung anzustreben ist.

- Eine weitere Bebauung des SAGO-Geländes an der Michendorfer Chaussee (B-Plan 32) wird abgelehnt. Diese Darstellungen stehen im Widerspruch zum Landschaftsplan. In dieser Fläche bestehen noch Entsiegelungspotenziale zur Kompensation von Bebauungen in der Innenstadt.

- Die Ausweisung von Mischbauflächen an der Potsdamer Chaussee im Dreieck zwischen der B 2 und der L 20 im Bereich des B-Planes 21 in Groß Glienicke und eines Gewerbegebietes an der L 20 nordwestlich von Groß Glienicke südöstlich des B-Planes 19 betrachten wir kritisch. Eine weitere Zersiedlung im Randbereich des NSG „Döberitzer Heide“ ist nicht wünschenswert.

- Aus Gründen des Landschafts- und Biotopschutzes ist die südliche Erweiterung des Telekomgeländes an der Michendorfer Chaussee zu kritisieren. Die weitere bauliche Entwicklung sollte hier im Bestand erfolgen.

- Weiterhin lehnen wir Darstellung der Bundesstraßenverbindung B 273 – B 2 (OU Fahrland) ab. Der verkehrliche Nutzen dieses Vorhabens ist vergleichsweise gering. Der BUND spricht sich gegen die Darstellung der Havelspanne (Umgehung Potsdam B 1 – B 2) wegen der erheblichen Eingriffe in das Havelseengebiet aus.

- Die Verlängerung der Wetzlarer Straße durch die Nuthewiesen zur Heinrich-Mann-Allee lehnen wir ab. Wertvolle Alteichenbestände und schützenswerte Biotope in der Nutheniederung wären von diesem Straßenbauvorhaben, dessen Notwendigkeit fraglich ist, betroffen.

- Die geplante Umgehungsstraße nördlich der Waldsiedlung in Groß Glienicke sehen wir kritisch. Eine Anbindung ist auch über das vorhandene Straßennetz möglich.

- Einen Konfliktpunkt sehen wir im Neubau der Südostkurve am Eisenbahnkreuz im Wildpark, um eine Verbindung in Richtung Flughafen Schönefeld zu schaffen. Die Eingriffe in dieses Waldgebiet durch den Bau des Eisenbahnaußenrings vor 50 Jahren würden verstärkt.

Diese müssten entsprechend überarbeitet werden.

Außerdem fehlt immer noch ein FFH-Arten-Monitoring- und Schutzkonzept. Auch diese muss in der anstehenden Legislaturperiode kommen.

Außerdem muss der ungebremste Personalabbau in der Naturschutzbehörde der Landeshauptstadt aufhören. Im Gegenteil: Wir brauchen in diesem Bereich eindeutig mehr Personal.

- Wie stehen Sie zum Ausbau von Spree und Havel?

Mit dem Verzicht auf diese Projekt kann man nicht nur viel Geld sparen. Man verhindert auch einen massiven und zerstörerischen Eingriff in die Natur. Es besteht kein Bedarf für den Ausbau dieser Wasserstraße, so dass keinerlei wirtschaftliche Vorteile durch diese Maßnahme entstehen würden. Im Gegenteil das wirtschaftliche Potential, was die Havel bietet würde beschädigt. Die eigentlichen Möglichkeiten in der Region liegen im Tourismus und als Naherholungsraum für Berlin und Brandenburg. Hier sind vor allem die Aktivitäten des Fördervereins Mittlere Havel interessant, der einen Wasserpark entwickeln will.

- Welche Maßnahmen ergreifen Sie für den Baumschutz in Ihrem Kreis und den Schutz der Alleen im Land Brandenburg?

Auch in Potsdam gibt es zahlreiche Alleen, die zum Teil sogar Bedeutung als Denkmale haben. Potsdam ist eine Stadt im Grünen, dies vor allem durch seinen Baum- und Alleenbestand. Mit der Potsdamer Baumschutzverordnung wurde auch eine gute Grundlage geschaffen, die es gegen diverse Angriffe zu verteidigen gilt. Darüber hinaus steht der Potsdamer Verwaltung viel zu wenig Personal zur Durchsetzung dieser Verordnung zur Verfügung.

- Welche Möglichkeiten sehen Sie, verstärkt zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung der Natur- und Kulturlandschaft in Brandenburg beizutragen?

Die Kulturlandschaft in Brandenburg zeichnet sich durch eine reiche Gliederung aus und ist damit ein Garant für Erholung und Artenvielfalt. Die Förderung der Landschaftspflege und der Vertragsnaturschutz ist in den letzten Jahren stark gekürzt worden, so dass viele Pflegemaßnahmen nicht mehr finanziert werden können. Hier kommt es darauf entsprechende Forderungen an das Land zu stellen, um über die dritte Säule der Agrarförderung wieder eine tragfähige Finanzierung zu sichern. Gleichzeitig müssen wir aber auch mehr „Mut zu Wildnis“ haben. Was in diesem Falle heißt wie können wir Pflegemaßnahmen so gestalten, dass der Folgeaufwand möglichst gering ist, Erholungswert und Artenreichtum trotzdem erhalten bleiben. Auch in den öffentlichen Grünanlagen stellt sich diese Frage. Patentlösungen gibt es dabei leider nicht.

- Welche Maßnahmen planen Sie zum Erhalt von FFH-Lebensräumen?

siehe oben.

- Wie bewirtschaften Sie kommunale/kreiseigene Wälder?

In Potsdam ist der Anteil an kommunalem Wald nur minimal, aber auch hier steht die Forderung wie für allen Wald in öffentlicher Trägerschaft: Dass der „natürliche Waldumbau“ statt findet und eine Bewirtschaftung nach den Grundsätzen des FSC-Siegels erfolgt.

- Werden in Ihrer Kommune/Ihrem Landkreis bundeseigene Liegenschaften z. B. Naturschutzflächen oder Seen durch Bundesgesellschaften (BVVG) versteigert? Wie verhält sich die Kommune/ der Landkreis in diesen Fällen? Wären Sie bereit, gegebenenfalls Flächen für den Naturschutz zu sichern?

Soweit wir wissen trifft diese Problematik für Potsdam nicht zu. Ein Prüfung kann sich aber trotzdem lohnen.

III. Gentechnik

- Sind Sie für die Einführung und Vermarktung von gentechnisch veränderten Organismen?

Nein.

- Was halten Sie vom Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere für die Produktion von Lebensmitteln?

Das lehnt unser Wählergemeinschaft ab.

- Halten Sie eine Kennzeichnung bei Produkten für notwendig, die von Tieren stammen, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden?

Ja. Die Wahlfreiheit der Verbraucher kann nur so wirklich gewährleistet werden.

- Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dazu beitragen, dass VerbraucherInnen und Landwirte über die Agrar-Gentechnik umfassend und neutral informiert werden?

Siehe Agrarpolitik.

- Beabsichtigen Sie in Ihrem Kommunalparlament/Kreistag einen Beschluss herbeizuführen, der die Errichtung gentechnikfreier Regionen beinhaltet?

Dieser Antrag wurde schon gestellt. Damals von den Bündnisgrünen, letztlich sind aber wir für diesen Antrag eingetreten. Leider wurde er von einer Mehrheit aus CDU, SPD und damals noch PDS (heute Die Linke) abgelehnt.

IV. Massentierhaltung

- Setzen Sie sich in Ihrem Wahlprogramm für tiergerechte Stallungen und entsprechende hygienische Bedingungen in den Anlagen ein?
- Welche Maßnahmen sind in Folge von Massentierhaltung zur Verringerung der Lärm- und Geruchsbelästigung sowie der negativen Auswirkungen auf Boden, Wasser, Flora, Fauna, Mensch und Tourismus in Ihrem Wahlprogramm vorgesehen?

In der Stadt Potsdam spielt Massentierhaltung keine Rolle. Dennoch ist es wichtig, die Verbraucherinnen und Verbraucher zu informieren, dass Massentierhaltung im Wesentlichen Tierquälerei bedeutet und die Großanlagen massive Umweltprobleme nach sich ziehen wie z.B. die Belastung des Grundwassers durch die riesigen Mengen Gülle, in denen Nitrate, Masthormone und Antibiotika enthalten sind. Jedem muss klar werden was es bedeutet wenn man sagt: „Hast du Halsschmerzen, iss' ein Putenschnitzel!“

V. Agrarpolitik

- Wie positionieren Sie sich zur Ökologisierung in der Landwirtschaft?
- Inwieweit unterstützen Sie die Erweiterung des Angebotes typischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der Region?
- Sehen Sie die Notwendigkeit der Einführung identifizierbarer Herkunftszeichen?

- Welche negativen oder positiven Auswirkungen sehen Sie im Ausbau des ländlichen Tourismus?

Die Stadt Potsdam ist die Bundesweit die Landeshauptstadt mit dem größten Anteil an landwirtschaftlicher Fläche. Die Stadt hat ein Landwirtschaftskonzept erarbeitet, das, sagen wir mal, „sehr allgemein“ ist. Wir wollen dieses Landwirtschaftskonzept so ausrichten, dass die Förderung der ökologischen Landwirtschaft im Mittelpunkt steht. Der Vertragsnaturschutz soll wieder verbessert werden, um die Landwirte zu ermutigen auch andere wichtige Leistungen wie Landschaftspflege und Artenschutz neben der Nahrungsmittelproduktion zu erbringen.

VI. Abfall/Industrie

- Welche Maßnahmen zur umweltverträglichen Abfallvermeidung und –verwertung planen Sie?

keine Angaben

- Unterstützen Sie die Position, im öffentlichen Beschaffungswesen verstärkt Erzeugnisse zu berücksichtigen, die aus Reststoffen oder Abfällen und mit rohstoff- bzw. reststoffarmen Produktionsverfahren hergestellt werden?

Ja, unbedingt.

VII. Verkehrspolitik

- Welche Schwerpunkte zur Feinstaubverminderung und zur Reduzierung von Verkehrslärm enthält Ihr Wahlprogramm?

Die Stadt Potsdam hat ein Aktionsprogramm erlassen, in dem Maßnahmen zur Senkung der Feinstaubbelastung vorgesehen sind. Wir fordern den Ausbau des Messnetzes in der Stadt Potsdam, damit die Belastung auch besser abgebildet wird und Gegenmaßnahmen in allen tatsächlich betroffenen Bereichen stattfinden. Sollten die Maß-

nahmen keinen Erfolg - also die Einhaltung der Grenzwerte - zeigen ist eine Umweltzone einzurichten. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass besonders in heißen Sommern nur eine Umweltzone einen wirklichen Schutz bietet. Dann können in die belasteten Gebiete nur noch die Fahrzeuge mit der Grünen oder Gelben Plakette einfahren.

Die Stadt Potsdam sollte diese Möglichkeit auf jeden Fall nutzen, verschiedene Urteile der Verwaltungsgerichte haben den Bürgern ein eindeutiges Klagerecht bei Grenzwertüberschreitungen gegeben. Dies kann dazu führen, dass die Stadt zu kostspieligen Einzelmaßnahmen gezwungen ist. Besser wäre es schon von vorn herein zu handeln.

- Was halten Sie von einer Erweiterung des flächendeckenden, öffentlichen Personennahverkehrs?

Dies ist eines unserer zentralen Projekte. Um den ÖPNV zu fördern, bedarf es keiner zaghaften Maßnahmen, sondern es kommt darauf an eine echte Revolution anzuzetteln. Unser Konzept dazu ist der NullTarif. Die kostenlose Nutzung von Bus und Straßenbahn. Die Erfahrung der Städte, die dieses Konzept flächendeckend angewandt haben, ist eine spürbare Verkehrsentslastung.

Die Kosten für den direkten Zuschuss an den ÖPNV würden zwar steigen. demgegenüber stehen aber die Einsparungen bei Fahrkartenschleppern, Fahrkartenverkauf usw. gegenüber. Hinzu kommt, die Entlastung der Infrastruktur (Straßen, Verkehrsregelung, Parkplätzen etc.), wodurch sich die Instandhaltungskosten erheblich verringern. Die Stadt Hasselt in Dänemark hat mit diesen Einsparungen ihren defizitären Haushalt saniert. Kaum zu beziffern sind die Effekte durch weniger Unfälle, gesündere Umwelt und weniger Belastung der Menschen durch Autoabgase, Feinstaub und Lärm.

- Unterstützen bzw. planen Sie die Einführung von Umweltzonen?

Siehe Oben.

- Setzen sie sich für den weiteren Ausbau von Radwegen ein?

Ja. Potsdam hat ein Radverkehrskonzept, dies muss überprüft und aktualisiert werden. Die

- Unterstützen Sie die Planung von Ortsumgehungen?

Nein, Ortsumgehungen bringen nur in Ausnahmefällen eine wirkliche Entlastung. Meist steht die erzielte Entlastung aber nicht im Verhältnis zum Aufwand. Außerdem werden Bereiche, die bisher noch nicht betroffen waren, den negativen Auswirkungen des Autoverkehrs ausgesetzt.

VIII. Allgemeines

- Wie gewährleisten Sie, dass Umweltschutzbelange in Landschaftsrahmenplänen (Landkreise) oder Flächennutzungsplänen (Kommunen) stärkere Berücksichtigung finden?

Siehe Naturschutz.

- Was unternimmt Ihre Kommune/der Landkreis zur Reduzierung des Flächenverbrauchs?

Auch in der Stadt Potsdam schreitet der Flächenverbrauch voran. Insbesondere für Parkplätze wurden zahlreiche Grünflächen beseitigt. Zwar gab es Ansätze für die Innenverdichtung, um innerstädtische Flächen zu erschließen. Es sind aber in der Vergangenheit zahlreiche neue Eigenheimsiedlungen ausgewiesen worden. Dieser Tatsache muss gegengesteuert werden, es müssen mehr Bereiche entsiegelt werden und es müssen Konzepte zur entsprechenden schonenden Nutzung entwickelt werden. Einen besonderen Anteil an der Versiegelung nehmen Verkehrsflächen ein (Straßen, Parkplätze etc). Wenn man die Versiegelung und den Flächenverbrauch eindämmen will, muss man Alternativen im Nahverkehr anbieten. Siehe Verkehr.

- Fördern Sie die Rekommunalisierung (Bsp. Städtische Energieunternehmen, Abfallentsorgung)?

Siehe Einleitung Energie